

9)
BA

14. Februar 2007

Antrag

**In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
am 14. Februar 2007:**

„Kyoto-Protokoll auch in Hilden umsetzen!“

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung beschließen:

1. Die Stadt Hilden verstärkt ihre Bemühungen, die Emissionen klimaschädlicher Gase zu reduzieren. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Energiebilanz zu erstellen, die zuverlässige Daten zur Erhebung einer Hildener CO₂-Bilanz liefert. Diese Daten sollen Basis für die Entwicklung einer städtischen klimapolitischen Konzeption sein.

2. Der Bürgermeister wird aufgefordert, in enger Kooperation mit den Stadtwerken folgende Maßnahmen zu prüfen und die Prüfergebnisse dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen:

Strom:

- **Bezug von Öko-Strom für die städtischen Liegenschaften**
- **Erhöhung des Eigenstromanteils der Stadtwerke aus regenerativer bzw. klimaneutraler Stromerzeugung**
- **Förderung der Fotovoltaik auf städtischen Gebäuden sowie auf privatem Sektor**
- **kostenlose Bereitstellung geeigneter Dachflächen kommunaler Gebäude oder Gebäude städtischer Unternehmen für Fotovoltaik-Anlagen**
- **Beteiligung von BürgerInnen und Bürgern ohne eigene Gebäude an Fotovoltaik-Projekten durch Gründung einer Beteiligungsgesellschaft zur Errichtung und für den Betrieb einer Solaranlage (so genannte „BürgerSolaranlage“)**
- **durch Einbeziehung und Unterstützung der Stadtwerke Hilden GmbH die Errichtung von Bürgergemeinschaftssolaranlagen vorzubereiten**
- **Programm für Energieeffizienz in der Stadt**
- **Neuaufgabe des Energiesparprogramms für die städtischen Schulen und Erweiterung auf alle städtischen Gebäude**
- **Beschaffung energiesparender Geräte**
- **Ausbau der Energieberatung**

Wärme, Gas:

- **Förderung der Wärmedämmung städtischer Gebäude**
- **emissionsarme Heizungsanlagen verstärkt einsetzen,**
- **Überprüfung, wo weitere Blockheizkraftwerke zum Einsatz kommen könnten**

- Förderung der Solarthermie, Geothermie und Wärmepumpen

Verkehr:

- Umstellung von vorhandenen Fahrzeugen auf LPG oder vorzugsweise Erdgas
- Beschaffung emissionsarmer Fahrzeuge nach dem neuesten Stand der Technik;
- Selbstverpflichtung, bis 2012 nur noch Fahrzeuge zu beschaffen, die im Durchschnitt nicht mehr als 120g CO₂/km emittieren
- weitere Förderung des Fahrradverkehrs und des Umweltverbundes, z. B. durch Schaffung neuer Fuß- und Radwege sowie durch Komfortsteigerung
- autofreier Sonntag als Event, z.B. auf der B228 von Wuppertal-Düsseldorf

Bauen:

- Bebauungspläne und Entwicklungsvorhaben klimapolitisch optimieren, z.B. durch Gebäudeausrichtung
- Grünflächen erhalten und ausbauen
- bei Bebauungsplanverfahren, vorhabenbezogenen Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen alle planungsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Bau energetisch hocheffizienter Gebäuden zu verstärken
- in Bebauungsplänen regelmäßig Festsetzungen zum Einsatz regenerativ erzeugter Energie (Solar/Geothermie, Biomasse, Fotovoltaik) zu treffen sowie durch Festsetzungen in Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen u. a. dafür Sorge zu tragen, dass bei Neubauten verstärkt Fernwärme, KWK und Biomasse sowie solare und geothermische Wärmeerzeugung eingesetzt wird

Öffentlichkeitsarbeit:

- Werbung für Klimaschutzmaßnahmen in der breiten Öffentlichkeit, insbesondere in den Kindergärten und Schulen
- Werbung für den Umstieg auf Bus und Bahn
- Information der Bürgerinnen und Bürger über die Bedeutung des Klimaschutzes

3. Die städtische Wirtschaftsförderung sollte sich verstärkt um die Ansiedlung von Unternehmen der regenerativen Energietechnik kümmern.

4. Die Stadtverwaltung legt dem Ausschuss bis zur Sommerpause einen Sachstandsbericht sowie einen Aktionsplan vor, damit die Ziele des Klimaschutzes in unserer Stadt zügig erreicht werden können.

5. In den kommunalpolitischen Gremien, insbesondere im Stadtentwicklungsausschuss, werden bei jeder Entscheidung, die Verkehrs-, Bau- oder Planungsangelegenheiten betreffen, die klimatischen Auswirkungen bewertet.

Begründung:

Auch Hilden ist dem „Klimabündnis“ beigetreten, um vor dem Hintergrund drohender globaler Klimaveränderungen einen lokalen Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre zu leisten. Ein wesentliches Ziel ist die Reduzierung des aus der Verbrennung fossiler Energieträger resultierenden Kohlendioxids (CO₂). Durch den Beitritt zum Klimabündnis ist die Stadt damit eine Selbstverpflichtung eingegangen, die Emissionen von CO₂ pro Einwohner bis zum Jahr 2010 zu halbieren und später schrittweise zu senken

Damit die Ziele des Kyoto-Protokolls erreicht werden, müssen auf allen Ebenen – EU, Bund, Länder und Kommunen – entschlossene Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden. Den Städten kommt hierbei eine wichtige Rolle zu, insbesondere wegen der Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrs sowie der Wohngebäude.

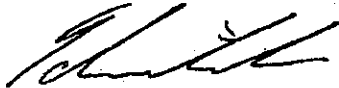
Die ehrgeizigen Ziele können nur erreicht werden, wenn umgehend weit reichende Maßnahmen für die Reduktion der Emissionen vor allem in den Bereichen Haushalte und Verkehr ergriffen werden, da hier der größte Teil der Emissionen verursacht wird. Außerdem ist in diesem Bereich die Anwendung vieler Instrumente möglich, die nachhaltiges Wirtschaften mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbinden. Zu einem klimapolitischen Maßnahmenpaket gehören daher vordringlich weitere Schritte zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes und einer verbesserten Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Eine in öffentlich-privater Partnerschaft organisierte Gemeinschaftssolaranlage

- wäre ein weiterer Beitrag, die durch Beitritt zum Klimabündnis beschlossene Selbstverpflichtung der Stadt zum Klimaschutz einzulösen;
- böte den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Solarstrom auch ohne eigene Dachfläche zu produzieren;
- würde Vertrauen in diese innovative Form der Stromerzeugung schaffen;
- böte einzelnen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz mit einer sicheren Geldanlage zu verbinden;
- würde die Voraussetzung für professionelle Planung und Betrieb sowie optimale Nutzung der Fördermöglichkeiten einer solchen Anlage schaffen.

Eine Bürgergemeinschaftssolaranlage oder kurz Bürgersolarkraftwerk ist eine i. d. R. über eine Beteiligungsgesellschaft errichtete und betriebene Solaranlage. Das Besondere dabei ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger auch mit relativ geringem Kapital (z. B. 1.000 €) an solch einer Anlage beteiligen können. Die Refinanzierung der Investition erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zur Einspeisung regenerativ erzeugten Stromes, kurz EEG.

Mit den autofreien Erlebnistagen entwickelt sich in den letzten Jahren in einigen Regionen Deutschlands eine neue Freizeitkultur. Eine sonst viel befahrene Bundes- oder Landesstraße wird für einen Sonntag auf einer Länge zwischen 15 und 140 Kilometern für den Autoverkehr gesperrt. An der Strecke, insbesondere in den anliegenden Städten, werden Musik und Verpflegung angeboten. Zehn- bis Hunderttausende Besucher nutzen diese Gelegenheit und sind zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Inline-Skates oder mit Pferdekutschen unterwegs. Sie genießen es, die Idylle der Landschaft ohne Verkehrslärm zu erleben, in der frischen Luft unterwegs zu sein und die Heimat auf eine neue Art kennen zu lernen. Von Jahr zu Jahr werden es mehr Landschaften, die so einmal im Jahr für den motorisierten Verkehr gesperrt werden.



Franz D. Schnitzler, sachkundiger Bürger
"Bürgeraktion Hilden"

